**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Ansgar Georg Schledde und Dr. Ingo Kerzel (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Boykottaufruf gegen die EWE durch die Grüne Jugend

Anfrage der Abgeordneten Ansgar Georg Schledde und Dr. Ingo Kerzel (AfD), eingegangen am 23.08.2025 - Drs. 19/8124, an die Staatskanzlei übersandt am 25.08.2025

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 19.09.2025

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Grüne Jugend Niedersachsen hat laut einem Pressebericht¹ zum Boykott der EWE aufgerufen. Die EWE ist ein Energie- und Telekommunikationsdienstleister, der sich mehrheitlich im Besitz von Kommunen und kommunalen Unternehmen befindet.

Vorbemerkung der Landesregierung

Mit Blick auf die schon heute beobachtbaren schwerwiegenden Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels verfolgt Niedersachsen eine ambitionierte Klimaschutzpolitik. So hat sich Niedersachsen im Niedersächsischen Klimagesetz (NKlimaG) das Ziel gesetzt, die Treibhausgasneutralität des Landes bis 2040 zu erreichen, und sich überdies verpflichtet, die Energieversorgung in Niedersachsen bis spätestens 2040 vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Auch die Förderung fossiler Energieträger muss sich an den Klimazielen ausrichten.

1. Welche Stellung nimmt die Landesregierung Niedersachsen zur Forderung der Grünen Jugend ein, EWE aufgrund ihrer Beteiligung an der Gasförderung bei Borkum zu boykottieren?

Die Landesregierung begrüßt grundsätzlich zivilgesellschaftliches Engagement für mehr Klimaschutz. Boykottaufrufe sind aus Sicht der Landesregierung dabei allerdings kein geeignetes Mittel.

2. Wie bewertet die Landesregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen eines möglichen Boykotts der EWE auf die Energieversorgung und die Energiepreise in Niedersachsen?

Auswirkungen eines möglichen Boykotts der EWE auf die Energieversorgung und die Energiepreise in Niedersachsen sind aus Sicht der Landesregierung nicht zu erwarten.

¹ Nordwestzeitung, 21.08.2025

3. Welche Auswirkungen werden für Kommunen und kommunale Unternehmen durch einen Boykott erwartet?

EWE ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das sich nicht im Eigentum des Landes Niedersachsen befindet. Der Landesregierung liegen daher keine eigenen Informationen zu potenziellen Auswirkungen eines möglichen Boykotts auf die Geschäftsentwicklung von EWE vor.

4. Plant die Landesregierung, gegen die Initiatoren des Boykottaufrufes rechtlich vorzugehen?

Nein.

5. Gibt es Mitglieder der Grünen Jugend Niedersachsen, welche in irgendeiner Form Verantwortung, z. B. als Aufsichtsräte oder Berater in der EWE oder den kommunalen Teilhabern tragen? Wenn ja, welche?

EWE ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das sich nicht im Eigentum des Landes Niedersachsen befindet. Entsprechend liegen der Landesregierung keine eigenen Informationen zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats von EWE oder zu Beraterverträgen von EWE mit Dritten vor.